

Der Rundbrief



für ver.di Aktive im OV Saar

Ausgabe 06/24 (Nr. 12) am 15.03.24

Kommt am Ostersonntag zum Ostermarsch

Nie wieder ist jetzt

Der Ortsverein der ver.di ruft zur Teilnahme am Ostermarsch auf. Der Auftakt beginnt am 30. März um 11.59 Uhr vor der Johanneskirche in Saarbrücken. Nach einer kleinen Demonstration durch die Innenstadt findet gegen 13 Uhr eine Kundgebung in der Fußgängerzone in der Obertorstraße statt.

Als „ungeheuerlich“ bezeichnet Rainer Tobae, Vorsitzender des Ortsvereins Saarland der Gewerkschaft ver.di, den Vorstoß der CDU-Landtagsfraktion, dass die Landesbank Saar

Rüstungsbetriebe finanzieren soll. Dazu müsste die Selbstverpflichtung der Bank, nach der die Bank keine Kredite an Rüstungsunternehmen vergeben darf, geändert werden. „Mit an-



deren Worten, wir sollen jetzt den Boden von Ethik und Moral verlassen und das Töten finanzieren," so Rainer Tobae.

„Täglich sterben unschuldige Menschen in zahlreichen Kriegen. Die Gefahren wachsen, denn es drohen eine Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg, sowie eine Ausweitung des Krieges im Nahen Osten zu einem Flächenbrand," so Tobae.

Die SaarLB gehört dem Saarland und zu 25.1 % den saarländischen Sparkassen. Schon in den vergangenen verlorenen Kriegen sammelten die Sparkassen Gelder für Rüstungsanlei-



hen. Nun soll scheinbar „grüner“ Panzerstahl“ aus saarländischer Produktion dafür sorgen, dass Deutschland kriegstüchtig werde, so der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Hans Christoph Atzpodien am 29.2.24 in der Saarbrücker Zeitung. Krieg bedeute halt das Gegenteil von Umweltschutz und den Verlust aller sozialen Rechte, konnten wir in seltener Offenheit dort lesen.

„Wir lehnen eine Politik ab, die von Krieg als dem Normalfall ausgeht statt vom Friedensgebot des Grundgesetzes," stellt Tobae fest. Er macht darauf aufmerksam, dass auch der DGB zur Teilnahme an den Ostermärschen unter der Überschrift „Nie wieder ist jetzt“ aufrufe. Die Politik der Bundesregierung müsse sich daran messen lassen, wie ernst sie das Friedensgebot des Grundgesetzes nehme. Man wolle nicht zurückfallen in ein Denken der militärischen Konfrontation und der geopolitischen Blockbildung. In dem Aufruf der DGB-



Zentrale heißt es u.a.: „Angesichts der Zunahme bewaffneter Konflikte ist es höchste Zeit, den Irrglauben zu überwinden, Frieden ließe sich durch Aufrüstung und immer mehr Waffen schaffen.

Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden, erklärte Minister Pistorius. Diese Politik eskaliert internationale Konflikte und militarisiert unsere Gesellschaft. Wir wenden uns gegen die innere Militarisierung in unserem Land, die eine weiteren Rechtsentwicklung verstärkt. Wir müssen nicht „kriegstüchtig“, sondern die Politik wieder friedensfähig werden.

Am 11. Januar hat ver.di Saar zur Teilnahme am Ostermarsch aufgerufen. „Die Ansichten innerhalb von ver.di sind nicht einheitlich, aber ver.di lehnt das Denken in rein militärischen Kategorien ab.

Wir warnen vor der einseitigen Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien Sieg oder Niederlage, heißt es in dem einstimmig gefasste Beschluss.

Jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Wir brauchen dringend Geld für Krankenhäuser, Bildung und Infrastruktur. Die Bekämpfung des



Klimawandels und besonders die Gestaltung der Transformation verlangt enorme Anstrengungen und den Verzicht auf destruktive Produktivkräfte.

Wir wollen als Gewerkschaft ver.di am Ostermarsch deutlich in Erscheinung treten und rufen deshalb auf, kommt zum Ostermarsch Saar. Wir sehen uns ab 11:30 Uhr vor der Saarbrücker Johanneskirche

Gemeinsam mit der IG Metall Transformationsstrategien diskutieren:

Kommt am 23. April in die Arbeitskammer

Gemeinsam mit der IG Metall und der Arbeitskammer des Saarlandes will sich der Ortsverein der ver.di mit den aktuellen Trends und Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation im Industrie- bzw. im Dienstleistungssektor befassen. Dazu haben Dr. Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, dort zuständig für die Themen Sozialpolitik sowie Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik, und Dr. Dierck Hirschel, ver.di-Bereichsleiter für Wirtschaftspolitik, Europa, Internationales beim ver.di-Bundesvorstand, eingeladen. Wir haben den großen Saal der Arbeitskammer angemietet. Das wird eine spannende Sache.



Wenn im Zuge von Digitalisierung und Dekarbonisierung befürchtet wird, dass die saarländische Industrie langfristig an Bedeutung verliert und möglicherweise Beschäftigung in großem Ausmaß zur Disposition steht, sollte der Begriff Transformation über industrielle Wand-

lungsprozesse hinausgehen. Es bedarf auch der Auseinandersetzung mit einer zukunftsorientierten Dienstleistungspolitik, welche den Aspekt Gute Arbeit stärker in den Blick nimmt und dazu beiträgt, die Mitbestimmungsstrukturen im Dienstleistungssektor zu verbessern, zumal in vielen Dienstleistungsbereichen diesbezüglich enormer Nachhol- und damit Handlungsbedarf herrscht. Es steht zu befürchten, dass die ohnehin oftmals dürftige Qualität der Arbeitsbeziehungen weiter unter Druck geraten.

Die beiden Spitzenfunktionäre der beiden größten Gewerkschaften in Deutschland werden nach zwei Kurzreferaten sich auf einer Podiumsdiskussion den vielfältigen Fragen rund um die Transformation auf einer Podiumsdiskussion stellen.

Wir vom Regionalvorstand Saar finden es wahnsinnig wichtig, dass die Gewerkschaften gemeinsam versuchen emanzipatorische Gedanken in die Diskussion einzubringen, geht es schließlich doch um eine Perspektive aus Sicht der abhängig Beschäftigten. Dabei kommen wir wohl nicht umhin, uns sehr kritisch mit der Funktionsweise des derzeitigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auseinanderzusetzen.

Die Veranstaltung der Arbeitskammer des Saarlandes findet in Kooperation mit der IG



Dierck Hirschel



Metall Saarbrücken und der ver.di Ortsverband Saar satt und beginnt um 18:30 Uhr im Großen Saal der Arbeitskammer des Saarlandes in der Fritz-Dobisch-Straße.



Hans-Jürgen Urban

Folgende Fragestellungen will man diskutieren:

- Welches sind die aktuellen Trends und Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation im Industrie- bzw. im Dienstleistungssektor?
- Wie müssen gewerkschaftliche Transformationsstrategien im Industrie- bzw. Dienstleistungssektor aussehen und welche Bündnispartner braucht es?
- Kann ein sozial-ökologischer Umbau im Kapitalismus überhaupt gelingen?
- Wie hängt die aktuelle Vielfachkrise mit dem Gegenwartskapitalismus zusammen?
- Kann eine Neuausrichtung der Demokratie zur Überwindung der Krise beitragen? Welchen Beitrag kann Wirtschaftsdemokratie dabei leisten?

- Wie kann verhindert werden, dass rechte Formierungen in Zeiten der Krise weiter an Zuspruch gewinnen?

Folgender Ablauf ist geplant:

Begrüßung durch Thomas Otto, Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer und Rainer Tobae, Vorsitzender des ver.di OV Saar.

Es folgen zwei Inputs von Dr. Hans-Jürgen Urban und Dr. Dierck Hirschel. Danach gibt es eine Podiumsdiskussion mit den zwei Kollegen, moderiert von der Leiterin der Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik bei der Arbeitskammer Carina Webel.

Das Ende der Veranstaltung ist für gegen 20:30 Uhr vorgesehen.

Im Anschluss wird es einen kleinen Imbiss geben. Die Teilnahme ist für die Teilnehmer kostenlos. Die Arbeitskammer bittet allerdings um eine Anmeldung per Telefon, Fax oder E-Mail.

Tel.: (0681) 4005-246

Fax: (0681) 4005-259

wirtschaft.umwelt@arbeitskammer.de

www.arbeitskammer.de

Bestellung dieses kostenlosen Rundbriefes

Die ver.di, OV Saar, führt regelmäßig Veranstaltungen durch und unterstützt die Fachbereiche und kämpfenden Kolleginnen und Kollegen.

Regelmäßig erscheint DER RUND-BRIEF, der über die Aktivitäten informiert. Diesen kann man sich unverbindlich und kostenlos bestellen. Eine Mail an michael@Quetting.de genügt.

Bosenbergklinik

Der 3. Streiktag am 12. März in St. Wendel

Zum dritten Mal rief ver.di am 12. März alle Auszubildenden und Arbeitnehmer_innen, die in einem Beschäftigungsverhältnis mit der MediClin GmbH & Co. KG - Zweigniederlassung St. Wendel stehen, zum Streik. sowohl für die Früh- wie die Spätschicht galt der Streikaufruf. ver.di hat die MediClin GmbH & Co. KG,- Zweigniederlassung St. Wendel am 1. September 2023 zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Die Arbeitgeberseite hat am 6. März 2024 die bereits begonnenen Tarifverhandlungen überraschenderweise vollständig abgebrochen. Wir fordern daher die Rückkehr an den Verhandlungstisch und die Fortsetzung der Verhandlungen zu folgenden Forderungen: Mantel-Tarifvertrag für Beschäftigte und Auszubildende inkl. betrieblicher Alters- / Zusatzversorgung und einen Entgelt-Tarifvertrag für Beschäftigte und Auszubildende mit einer Entgeltordnung für Beschäftigte sowie einen Tarifvertrag für eine Inflationsausgleichsprämie. Der Streik begann um 6 Uhr. Um 8:30 Uhr zog man von der Bosenbergklinik in die Stadt St. Wendel, wo auf dem Schlossplatz eine Kundgebung stattfand.

Die Kolleginnen in St. Wendel haben sehr spontan gehandelt und so erhielt unsere Aktive Einsatzgruppe des Ortsvereins erst am Samstag die Bitte um Solidarität. Die Kolleginnen der Bosenbergklinik hätten Hilfe bei der Demo und bei der Essenversorgung der Streikenden gebraucht. Leider konnten vier die gewünschten vier Helfer nicht stellen, es war nur einem Kollegen terminlich möglich überhaupt nach St. Wendel zu kommen, da ihm aber kein Auto zur Verfügung stand und die GDL streikte, musste er auch verzichten. Tut uns leid.

ver.di-Senioren

Informativ

Für ver.di-Mitglieder mit Status „Senior*in“ gibt es vom Bundesseniorenvorstand ein Mitteilungsblatt mit dem Namen INFORMATIV. Sofern man seine Mailadresse dem Seniorenvorstand mitteilt, bekommt man diese Info als pdf-Datei. Bestellungen über senioren@verdi.de Inhaltlich geht es in der Informativ Nr 1 um Inflationsausgleich für Renter*innen, Aktienrente, Riester-Rente, bar-geldloses Zahlen im ÖPNV, Aus dem Bundesseniorenvorstand (BSV), Zur Person: Leonhard Bardenheuer, Vor Ort: Mittelbaden-Nordschwarzwald und nächste Termine.

MP Anke Rehlinger kam auch Händeweg vom Streikrecht

Auf dem diesjährigen Frühlingsempfang des DGB am 11. März in Saarbrücken sprach neben unserem stellvertretender Bezirksvorsitzender des DGB-Bezirks Rheinland-Pfalz – Saarland Timo Ahr und der Geschäftsführerin Simone Buber auch die Ministerpräsidentin des Saarlandes Anke Rehlinger. Auch Mitglieder unseres Ortsvereins waren auf dem Frühlingsempfang im Saarrondo.

Timo Ahr bezog vor den 180 Anwesenden deutlich Position als er sich mit den Angriffen auf das Streikrecht auseinandersetzte: „Strei-



ken tut weh, und das soll es auch. Wer in Zukunft denkt, er könnte die Hand an das Streikrecht legen, an das schärfste Schwert der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der legt die Hand auch an unsere Demokratie.“

Anke Rehlinger vermerkte, dass unter allen Bundesländern der Organisationsgrad an der Saar am höchsten sei. Man müsse die Herausforderungen des Strukturwandels gemeinsam anpacken. Sie wolle sich für gute Arbeit und faire Löhne einsetzen.



Risiko für Staatsfinanzen

Ein Vorschlag, der wenig taugt

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) präsentierten am 5. März ein Reformpaket, mit dem das Rentenniveau von 48 Prozent des aktuellen Durchschnittsgehalts für Rentner:innen, die 45 Jahre mit Durchschnittsgehalt gearbeitet und in die Rentenversicherung eingezahlt haben, auch für die Zukunft garantiert werden soll.

Noch ist das Absicherungsniveau der Rente – aktuell rund 48,2 Prozent – nur bis 2025 festgeschrieben. Bis 2037 dürfte das Rentenniveau nach offizieller Schätzung aber auf 45 Prozent sinken. Der Grund: Millionen Babyboomer mit Geburtsjahren in den 1950er und

NEIN
ZUR
AKTIENRENTE

1960er Jahren werden in den Ruhestand gehen. Nun soll ein 48-Prozent-Niveau zunächst bis 2040 gesichert werden. Das Reformpaket solle noch vor der parlamentarischen Sommerpause im Juli vom Bundestag beschlossen werden,

Weil das hohe zusätzliche Milliardensummen kostet, die Rentenbeiträge aber nicht zu stark steigen sollen, soll die Finanzierung auf ein zusätzliches Standbein gestellt werden. Um Beitragssprünge in Zukunft zu vermeiden, will die Bundesregierung Milliarden am Kapitalmarkt anlegen und aus den Erträgen ab Mitte der 2030er-Jahre Zuschüsse an die Rentenversicherung zahlen. Damit erhält die Rentenversicherung zusätzlich zu Beiträgen und Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt eine dritte Finanzierungsquelle.

Das schon immer verfolgte Ziel der Liberalen ist, das kollektive Sicherungssystem zu schwächen und dafür möglichst viel private Elemente zu schaffen, wie eben eine Aktienrente und mehr private Altersvorsorge.

Ein besonderer Dorn im Auge der FDP ist das Umlageverfahren, mit dem die gesetzliche Rente (genauso wie die anderen Zweige der Sozialversicherung) finanziert wird. Denn was die Beschäftigte und Unternehmen an Beiträgen einzahlen, wird nahezu ohne Zeitverzug in Form von Renten an die mehr als 21 Millionen Rentner:innen ausgezahlt. Inklusive des Bundesanteils wurden so im Jahr 2023 rund 375 Milliarden Euro ein- und ausgezahlt oder eben "umgelegt". Grundsätzlich wird nichts im klassischen Sinne angespart und angelegt. Die

Befürworter des Umlageverfahrens sehen darin große Vorteile: Es funktioniert unabhängig von der Höhe der Kapitalmarktzinsen. Niedrig- oder gar Nullzinsen, wie sie in den vergangenen Jahren den Lebensversicherungen stark zu schaffen machten, sind kein Problem. Auch Inflation, Wirtschaftskrisen, ja sogar staatliche Umbrüche verkräftet die gesetzliche Rente in der Regel gut. Und sie funktioniert naturgemäß ohne langjährige Ansparphase und mit geringen Kosten in von ungefähr vier Prozent.

Die Aktienrente ist ein Lieblingsprojekt der Liberalen, das gegen den Widerstand insbesondere der linken Sozialdemokraten Eingang in den Koalitionsvertrag fand. In ihrem Wahlprogramm forderte die FDP, dass zwei Prozentpunkte aus dem Rentenbeitragssatz in Höhe von 18,6 Prozent des Bruttolohns der Beschäftigten nicht mehr länger an die Deutsche Rentenversicherung fließen sollen, sondern an einen unabhängigen Fonds gehen, der die Gelder "chancenorientiert" in Aktien investiert. „Durch unser Modell erwerben zukünftig alle Beitragszahlerinnen und Beitragszahler (...) echtes Eigentum für ihre Altersvorsorge und



erhalten höhere Altersrenten“, verspricht die FDP.

Dieses Ziel hat die FDP verfehlt. Zwar wird der Bundestag wohl noch in diesem Sommer eine Reform der Alterssicherung beschließen, die den Namen „Aktienrente“ trägt, doch der Gesetzentwurf, den Finanzminister Lindner und Sozialminister Heil jetzt gemeinsam vorlegen werden, bleibt deutlich hinter den Wünschen der FDP zurück.

Aber für eine Stabilisierung der Rentenfinanzen taugt der Vorschlag der Ampel wenig. Er wird die Renten nicht erhöhen, die Beiträge wenn überhaupt nur marginal senken und dafür mit Sicherheit die Schulden erhöhen.

Anders als es die FDP ursprünglich vor hatte, werden keine Beitragsgelder verwendet und

es wird auch kein persönliches Vermögen für einzelne Versicherte in Form von Aktien oder Aktienfonds gebildet. Gegen dieses Vorhaben hatte u.a. attac 2022 eine Petition gestartet, zu deren Erstunterzeichnern u.a. neben Holger Balodis, Klaus Dörre, Christoph Butterwegge, Rudolf Hickel auch die Verdiener Ralf Krämer und unser Vorstandsmitglied Michael Quetting gehörten.



Nun soll der Bund Schulden machen, Balodis bewertet das wie folgt: „Bei der Aktienrente handelt es sich um ein kreditfinanziertes Spekulationsgeschäft, für das der Bund das Ausfallrisiko trägt.“ Eine Wirkung kann die Sache erst in viel späteren Jahren bewirken, die Babyboomer gehen aber jetzt in die Rente.

Finanzmärkte sind immer volatil und spekulativ. Da der Staat für den Aufbau des Kapitalstocks Kredite an den Kapitalmärkten, d.h. bei Finanzinvestoren und Großbanken, aufnimmt, muss er für diese Fremdfinanzierung Zinsen zahlen. Somit handelt es sich bei der neuen Aktienrente um eine Wette, die darauf baut, dass die Rendite aus der Anlage stets höher ist als der Zins, den der Staat für das aufgenommene Darlehen leisten muss.

Aber anstatt gute Arbeit mit guten Löhnen und damit hohen Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung zu gewährleisten, wird ein Grundpfeiler des Sozialstaats – die gesetzliche Rentenversicherung – für die Profitlogik der Finanzmärkte geöffnet.

Zudem ist zu befürchten, dass die Angelegenheit zur „richtigen“ Aktienrente ausgeweitet wird. Denn das jetzt verabschiedete Modell ist nur eine abgeschwächte Form des FDP-Vorschlags. Der FDP schwebt nach wie vor vor, dass zukünftig unsere Rentenbeiträge direkt an den Finanzmarkt fließen sollen.

Wir können mit Aktienbesitz keinen gesellschaftlichen Wohlstand erreichen. Die Renten hängen davon ab, wie produktiv wir sind, wie viel gut bezahlte Arbeit es gibt und wie viel wir auf Grundlage dessen real umverteilen können.

Senioren Saarbrücken:

Der Enkeltrick

Der RegionalseniorenInnenausschuss Saarbrücken lädt zu seiner nächsten Sitzung am Dienstag, 26. März um 10 Uhr ins ver.di Haus in Saarbrücken ein. Laut Vorsitzenden Detlev Gillmann wird ein Vertreter der Kriminalpolizei Saarbrücken zum Thema „Enkeltrick, Schockanruf und andere Betrugsmaschen“ informieren.

Informative Veranstaltung

Die Schuldenbremse

Am 14. März hatte der Ortsverein der ver.di in Saarbrücken Dr. Patricia Bauer zu Gast. Die Volkswirtin und Politikwissenschaftlerin ist Referentin für Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik



der Arbeitskammer des Saarlandes.

Ihr Fachvortrag gliederte sich in drei Teile. 1. Die Schuldenbremse . Entstehung und Ausgestaltung, 2. Investive Erfordernisse der Trans-



formation und 3. Schuldenfinanzierte Investitionen als Teil der saarländischen Transformationsstrategie.

Für Kollegin Bauer ist die Schuldenbremse völlig untauglich, um die vielen Zukunftsaufgaben im Land lösen zu können. Die Jahrhundertaufgaben der Transformation, der Klimaneutralität und des aufgelaufenen Investitionsstaus könne man nur bewältigen, wenn die Schuldenbremse abgeschafft würde. Sie legte dar, dass es im Saarland ein Investitionsrückstand von etwa 9,1 Mrd. Euro vorhanden sei, davon müssten vom Saarland allein 6,1 Mrd. € aufgebracht werden, zuzüglich der Investitionslücke aus den Jahre 2015 bis 2020 würden 7,35 Mrd. € gebraucht, verteilt auf zehn Jahre folglich 735 Millionen pro Jahr.

Dieser immens große Betrag ist ohne eine radikal andere Politik ohne Schuldenbremse kaum vorstellbar, so die Meinung der zwanzig Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf der März-Sitzung des Ortsvereins.